

Angestellte Lehrkräfte aufgepasst

THEMA: A 13 FÜR GHR-LEHRKRÄFTE = MEHR GELD? JA, ABER...

Bis zum 31. Juli 2024 werden die Grund-, Haupt- und Realschullehrkräfte in der Regel schlechter bezahlt als die Kolleg*innen an BBS, Förderschulen oder Gymnasien. Ab dem 1. August 2024 gilt aber auch für diese Beamt*innen A 13 als Einstiegsbesoldung. Die Einteilung in unterschiedliche Besoldungsgruppen aufgrund der Schulform wird auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen. Endlich. Ein großer Erfolg, für den die GEW jahrelang gekämpft hat und von dem die Grund-, Haupt- und Realschullehrkräfte ihr Leben lang profitieren werden.

Das gilt auch für die tarifbeschäftigten Lehrkräfte, da sich ihre Bezahlung an der üblichen Besoldungsgruppe der verbeamteten Kolleg*innen ausrichtet. Wird diese zum 1. August 2024 von A 12 nach A 13 angehoben, steigt auch die Eingruppierung der angestellten Lehrkräfte. Und es gibt mehr Geld.

Jedoch: Der Teufel steckt im Detail. Nach den Plänen der Landesregierung wird es Fallkonstellationen geben, bei denen die angestellten Kolleg*innen kurzfristig mehr Geld verdienen, dann jedoch mittelfristig Gehaltseinbußen von mehreren tausend Euro hinnehmen müssen und erst nach dieser Durststrecke langfristig wieder ins Plus rutschen werden.



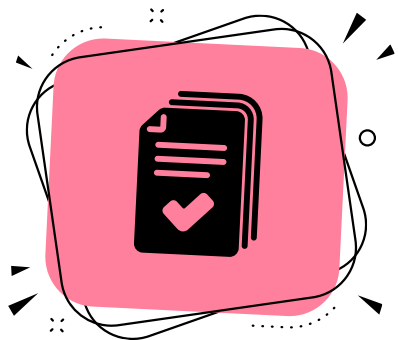
Wie kann es dazu kommen?

Das Gehalt wird der Entgelttabelle des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst der Bundesländer (TV-L) entnommen. Hier gibt es zum einen die Entgeltgruppen und zum anderen sechs Erfahrungsstufen, die im Abstand von mehreren Jahren erreicht werden. Als Anfänger*in ohne jegliche Berufserfahrung ist man in Stufe 1 und steigt nach einem Jahr in Stufe 2 auf. Von dort geht es nach zwei Jahren in die Stufe 3 und so weiter. Dabei gilt: Je höher die Entgeltgruppe, desto höher das Gehalt. Und je höher die Erfahrungsstufe, desto höher das Gehalt.

Die Landesregierung will nun bei dem Wechsel der Entgeltgruppe zum 1. August 2024 ein Verfahren nach § 17 Abs. 4 TV-L anwenden. Dieses Verfahren sieht vor, dass bei einer Höhergruppierung (a) es zu einer Einstufung in eine niedrigere Erfahrungsstufe kommen kann, solange mindestens das alte Gehalt erreicht wird, sowie (b) die Wartezeit bis zur nächsten Erfahrungsstufe auf null gesetzt wird. Wer z.B. am 1. August 2024 in Stufe 4 ist und nur noch ein Jahr auf Stufe 5 warten müsste, hat Pech gehabt und muss in der höheren Entgeltgruppe erneut vier Jahre auf den Aufstieg in die Stufe 5 warten.

Vergleicht man nun das fiktive Entgelt der Erfahrungsstufe, die man in der alten, niedrigeren Entgeltgruppe am 1. August 2025 erreicht hätte, mit dem tatsächlichen Entgelt auf Grundlage der höheren Entgeltgruppe, aber in der niedrigeren Erfahrungsstufe, wird man Konstellationen finden, in denen es aufgrund des verpassten Stufenaufstiegs vorübergehend zu einem niedrigeren Entgelt kommt. Es gibt zwar bei der Höhergruppierung immer einen Garantiebetrug von 180 Euro, den man auf jeden Fall mehr verdient als vorher – aber auch dieser Garantiebetrug kann durch den verpassten Stufenaufstieg „aufgefressen“ werden. Erst wenn auch in der neuen Entgeltgruppe eine höhere Erfahrungsstufe erreicht wird, dreht sich das Gehalt im Vergleich zur fiktiven alten Gehaltsentwicklung wieder ins Plus. Das zwischenzeitlich entstehende Minus kann je nach Einzelfall kumuliert mehrere tausend Euro betragen.

Fallbeispiel



Eine Grundschullehrerin aus der Entgeltgruppe 11, Stufe 3 würde zum 1. August 2025 in die Stufe 4 aufsteigen. Derzeit erhält sie ein Bruttogehalt von 4384,68 Euro, ab dem 1. August 2025 wären es 4810,65 Euro. (Die Tarifsteigerungen zum 1.11.2024 bleiben unberücksichtigt.) Nun ändert sich aber zum 1.8.2024 die Entgeltgruppe der Kollegin: Aus EG 11 wird EG 13. In dieser neuen Entgeltgruppe landet sie in der Stufe 2 und verdient ab dem 1.8.2024 somit 4564,68 Euro. Die Stufenlaufzeit beginnt von neuem, der Aufstieg in Stufe 3 erfolgt zum 1.8.2026 mit einem Gehalt vom 4748,54 Euro für die nächsten drei Jahre. Also durchweg weniger als in der Entgeltgruppe 11, Stufe 4. Insgesamt gibt es einen kumulierten Brutto-Einkommensverlust in der Spitze von etwa 16.000 Euro.

Dieser Einkommensverlust ist auch rentenwirksam. Bis dieses Minus wieder ausgeglichen ist, wird es bis zum Jahr 2038 dauern. Erst ab dann wirkt sich die Anhebung auf E 13 auch für diese Kollegin dauerhaft positiv aus.



Ist dieses Verfahren zwingend anzuwenden?

Die GEW hat im Rahmen der letzten Tarifverhandlungen gefordert, alle Zweifel auszuräumen und im Tarifvertrag klipp und klar festzulegen, dass bei der Einordnung in die neue Entgeltgruppe die alte Erfahrungsstufe sowie die Wartezeit bis zur neuen Stufe erhalten bleiben. Die Arbeitgeberseite hat solche Gespräche bereits im Keim erstickt und war zu keiner Diskussion bereit. Nun regelt also im Wesentlichen § 17 Abs. 4 des Tarifvertrags das Verfahren bei einer neuen Eingruppierung. Allerdings: Diese Regelung ist gedacht für eine individuelle Entscheidung von Tarifbeschäftigten; hier haben wir es aber mit einer automatischen kollektiven Neuordnung zu tun. Der Grund für die höhere Entgeltgruppe liegt nicht in der Entscheidungsgewalt der einzelnen Lehrkräfte, sondern in der Änderung des niedersächsischen Beamtenrechts, die vom Landtag beschlossen wurde. Die Regelung im Tarifvertrag, die die Landesregierung heranzieht, passt also nicht.

Beratung der GEW

Die GEW bietet ihren Mitgliedern an, für jeden Einzelfall eine Prognose über die Gehaltsentwicklung zu erstellen. Die Anfrage an den Tarifsekretär Arne Karrasch unter a.karrasch@gew-nds.de enthält bestenfalls die eigene Qualifikation (Art des Hochschulabschlusses, ggfs. Vorbereitungsdienst), bestehende Entgeltgruppe und Erfahrungsstufe sowie den Zeitraum seit dem Aufstieg in die aktuelle Erfahrungsstufe. Alternativ kann auch eine Kopie der Gehaltsabrechnung als Anlage mitgeschickt werden, da wesentliche Informationen dort vermerkt sind.

DDR-Lehrkräfte

Die Unterstufenlehrkräfte aus der DDR sind derzeit ebenso wie die angestellten Grundschullehrkräfte in der Entgeltgruppe 11 zu finden. Die letzte Info aus dem Finanzministerium war jedoch, dass sie den Sprung in die Entgeltgruppe 13 nicht mitmachen sollen. Die GEW hat überhaupt kein Verständnis dafür, dass damit die wertschätzende Gleichstellung dieser kleinen Gruppe von Kolleg*innen wieder zurückgenommen wird, und fordert weiterhin auch für sie die EG 13!



A 13 für GHR-Lehrkräfte ist ein großer Erfolg. Das steht außer Frage. Die Landesregierung ist aber dabei, diese Erfolgsgeschichte ohne Not zu beschädigen. Für Beamt*innen gibt es eine Neubewertung ihrer Tätigkeit, was zu einer stufengleichen neuen Eingruppierung führt. Für angestellte Lehrkräfte, die sowieso netto erheblich weniger verdienen als Beamt*innen, soll dies nicht gelten. Das ist unverständlich. Und finanziell auch nebensächlich, weil es im Vergleich zu den Beamt*innen wenig angestellte Lehrkräfte gibt, die daher auch vergleichsweise wenig Kosten verursachen. Finanziell also nicht sonderlich relevant, politisch nicht akzeptabel, rechtlich – siehe Hamburg – änderbar. Auf geht's, liebe Landesregierung – werdet aktiv, damit A 13 für GHR-Lehrkräfte ein Erfolg für alle wird!